

Kleine Anfrage

Abg. Bruns (Emden), Boekhoff, Lüttge, Swieter (SPD) Hannover, den 5. 12. 1983

Betr.: ABM-Förderung

Die Bundesanstalt für Arbeit hat im September dieses Jahres Änderungen der Bewilligungs- und Förderungsbedingungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verkündet. Dazu zählen eine Beschränkung der Darlehenshöhe und eine Anhebung der Zinsen.

Dies hat die Befürchtung hervorgerufen, daß dies gerade in den Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen führen könnte, weil dort auch die Träger dieser Maßnahmen besonders finanzschwach sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Änderungen der Bewilligungs- und Förderungsbedingungen sind eingetreten?
2. Welche Auswirkungen sind mit den Änderungen verbunden?
3. Teilt sie die Befürchtung, es könne zu einem Rückgang von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in bestimmten Regionen, z. B. in Ostfriesland, kommen?
4. Welche Möglichkeiten sieht sie, um die Anordnung der Bundesanstalt rückgängig zu machen?

Bruns
Boekhoff
Lüttge
Swieter

(Ausgegeben am 23. 12. 1983)